

Einmalige Aktion von Wirtschaft und Ärzten

Corona-Brandbrief aus Sachsen an Merkel: „Schluss mit willkürlichen Schließungen!“

Das hat es so noch nicht gegeben: Sachsens Wirtschaftsbosse und die Landesärztekammer fordern in einem gemeinsamen Brandbrief an die Bundeskanzlerin ein komplettes Umdenken in der Corona-Politik. Drohend heißt es: „Die Menschen werden dies nicht länger akzeptieren.“

Leipzig

Das hat es so noch nicht gegeben: In einem gemeinsamen Brief an die Bundeskanzlerin fordern Sachsens oberste Wirtschaftsvertreter und die Landesärztekammer einen drastischen Kurswechsel in der Corona-Politik. „Aus der Sorge um unsere Gesellschaft sowie unsere wirtschaftliche Basis wenden wir uns im Namen der gesamten sächsischen Wirtschaft an Sie und fordern einen Paradigmenwechsel von der Kultur der Verbote und Einschränkungen hin zu einer Kultur des Ermöglichens und der Eigenverantwortung der Menschen im Land. Treffen Sie jetzt die Entscheidungen mit Blick auf die Zukunft und nicht nur mit Blick auf Inzidenzwerte.“

So steht es in dem Schreiben an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU und SPD. Unterzeichnet haben es die Präsidenten der drei sächsischen Handwerkskammern, der drei Industrie- und Handelskammern (IHK), der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW), des Unternehmerverbandes, der Landesärztekammer und der Landeskammer der freien Berufe.

„Die Menschen werden das nicht länger akzeptieren“

Das Coronavirus, so heißt es in dem Brief weiter, habe unser Land seit nunmehr zwölf Monaten fest im Griff – die Menschen, aber auch die Unternehmen seien an der Grenze ihrer Belastbarkeit. „Seit Monaten werden Regeln – allein ausgehend vom aktuellen Infektionsgeschehen auf Verordnungsbasis aufgestellt – unser Leben folgt im Zwei- bis Drei-Wochen-Rhythmus den Inzidenzwerten. Diese Entwicklung hält die Wirtschaft unseres Landes nicht länger aus – und die Menschen werden dies nicht länger akzeptieren.“ Auf Sicht fahrende Unternehmer und verunsicherte Menschen fühlten sich vom gesellschaftlichen Miteinander zunehmend ausgeschlossen, heißt es weiter. Hohe Steuern, massive Sozialabgaben, überbordende Bürokratie und eine teilweise in den Kinderschuhen steckende Digitalisierung würden dem Land hohen wirtschaftlichen Schaden zufügen.

Die Unterzeichner fürchten eine „wirtschaftliche Abwärtsspirale“, da hohe Steuern und massive Sozialabgaben drohen. „Beschleunigend wirken dabei das schwindende Vertrauen in eine solide Finanzpolitik und die zunehmende Angst um die Stabilität unserer Währung.“

Kritik an dem ständigem „Auf und Ab“

Und weiter heißt es: „Die Bundesrepublik braucht eine klare Strategie für ein Leben mit dem Coronavirus. Ein ständiges Auf und Ab, ein ständiger Wechsel zwischen Lockdown und Lockerungen verhindern die Berechenbarkeit des wirtschaftlichen Agierens.“ In Anbetracht der noch unbefriedigenden Fortschritte im Bereich der Impfung und der Ausprägung einer Herdenimmunität brauche es eine Strategie im Kontext „Testung-Impfung-Nachverfolgung“, die den Menschen auch wirtschaftlich ein Leben ermögliche.



Schild an einem geschlossenen Geschäft: „Frau Merkel schickt uns in die Verlängerung! Durchhalten ist angesagt!“ Quelle: Frank Rumpenhorst/dpa

In der Beurteilung der Situation sollten Entscheidungen nicht nur allein an Infektionswerten, sondern auch an den Belastungen des Gesundheitssystems mit objektiven Kriterien wie der Auslastung der Intensivbetten geknüpft werden.

Ein „Weiter so“ werde dazu führen, dass Krankheiten zu spät erkannt oder verschleppt werden und mit einem Anstieg psychischer Erkrankungen, wie etwa Depressionen und somatischer Beschwerden, zu rechnen sei, was sich gleichermaßen auf die körperliche Gesundheit von Kindern und Erwachsenen auswirke. „Überdies ist schon jetzt eine Zunahme von Gewalt in der Familie und Vereinsamung mit deren Folgen, insbesondere bei der älteren Bevölkerung, zu verzeichnen.“

„Keine Schuldzuweisungen mehr an einzelne Branchen!“

Das Ziel der Politik müsse die Sicherung eines weitestgehend normalen Lebens und nicht die Verfestigung des Lockdowns sein. „Hierfür sollten feste und tatsächlich erreichbare Parameter für die Freiheitsgrade zu Grunde gelegt werden, die den Menschen vermittelbar sind. Freiheit ist die eigentliche Triebkraft für mutige unternehmerische Entscheidungen. Schuldzuweisungen an einzelne Branchen und willkürliche Schließungen von Unternehmen ohne wissenschaftlich belegte Evidenz von Infektionsrisiken (wie z. B. bei Friseuren und in der Gastronomie geschehen) müssen endgültig der Vergangenheit angehören.“ Gleiches gelte für „willkürliche Grenzschießungen, die einer Kapitulation der Europäischen Union in Anbetracht der Pandemie gleichkommen“.

Bittere Abrechnung mit schleppenden Corona-Hilfen

Bitter abgerechnet wird auch mit den Hilfszahlungen. „Die schleppende Auszahlung und die desaströse technische Umsetzung der Programme haben entscheidende Bremsspuren hinterlassen – Unternehmer mussten ihre Rücklagen angreifen. Altersversorgungsverträge werden liquidiert und Kleinunternehmer beantragen inzwischen Grundsicherung Hartz IV.“ Viele Betroffene lebten in Scham und würden nicht über ihre prekäre Situation sprechen. Die Bürokratie tue ihr Übriges und entwürdige diese Menschen weiter. „Unternehmer wollen etwas unternehmen und sich nicht zum Bittsteller um staatliche Finanztransfers degradieren lassen.“

Von Andreas Dunte